

**II - 1836 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen****des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 898 NJ

1987 -10- 02

**A n f r a g e**

der Abgeordneten Helmuth Stocker

und Genossen

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zum Informationsaustausch über kerntechnische Anlagen und nukleare Störfälle.

Kürzlich erschienenen Pressemeldungen zufolge scheiterte bisher das "Nuklearabkommen" zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland am Einspruch des Freistaates Bayern.

Wie die Oberösterreichischen Nachrichten zu berichten wissen, will Bayern das Abkommen nicht: "Erstens, weil Wackersdorf als geheime Kommandosache gilt, zweitens weil nur 20 Kilometer vor unserer Grenze zwei weitere Atomkraftwerke geplant sind". Dazu führen die OÖN weiter aus: "Nicht in die Pläne schauen lassen will sich Bayern auch hinsichtlich der grenznah (rund 20 Kilometer vor Österreich) geplanten Atomkraftwerke Pleinting (an der Donau zwischen Passau und Deggendorf) sowie in Marienberg (am Inn bei Rosenheim). Man will die Österreicher aber nur informieren, wo die Bayern das für richtig halten. Ein Muß kann es aber nicht geben. Österreich könne keinen Rechtsanspruch auf eine Unterrichtung haben. Und das umstrittene Wackersdorf gilt überhaupt als geheime Kommandosache und müßte aus einer Unterrichtung österreichischer Behörden ausgespart bleiben."

Mit seinem sturen Veto blockiert also der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß den längst überfälligen Abschluß des kerntechnischen Anlagen und nukleare Störfälle betreffende Abkommen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind jedenfalls der Auffassung, daß ein Abkommen mit der BRD ohne Einbeziehung der WAA Wackersdorf für Österreich wertlos wäre.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

- 2 -

## A n f r a g e n :

- 1) Was werden Sie unternehmen, um die durch das Strauß-Veto blockierten Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland wieder in Gang zu setzen und einen baldigen Vertragsabschluß zu erreichen ?
- 2) Welche Gründe haben Sie dazu veranlaßt, anlässlich einer Pressekonferenz in Dornbirn im Juli d.J. Ihre Bereitschaft zu erklären, den Vertrag auch dann abschließen zu wollen, wenn es schließlich doch nicht gelingen sollte, eine Parteienstellung für von im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Atomanlagen betroffene Österreicher zu erreichen ?
- 3) Sind Sie der Rechtsauffassung, daß nach der durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes Berlin vom 17.12.1986 in der Bundesrepublik Deutschland geschaffenen Rechtslage bereits jetzt eine Parteienstellung für österreichische Staatsbürger und österreichischen Gebietskörperschaften im Verfahren für die Errichtung von Atomanlagen als gegeben anzunehmen ist?